

PRÄVENTION 2010 – WAS NUN?

Ein Überblick zu aktuellen Veränderungen im DFK und zu den Impulsen der Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene

Wolfgang Kahl

Im November 2001 erschien das erste vom DFK herausgegebene Heft „forum kriminalprävention“, im Folgejahr waren es sechs und ab 2003 jährlich vier Titel. Zusammengerechnet konnten Sie, verehrte Leserinnen und Leser, insgesamt 36 Ausgaben in den Händen halten und Informationen zu vielfältigen Themen der Prävention studieren.

Personelle Veränderungen bei Zeitschrift und DFK-Geschäftsstelle

Im Zeitraum 2006 bis 2009 war Herr **Kriminaldirektor Detlef Schröder M. A.** als Chefredakteur für die Planung und Zusammenstellung der Inhalte verantwortlich. Ausnahmslos ist es ihm ausgezeichnet gelungen, die richtige Mischung von Theorie und Praxis zu finden und die große Vielfalt der Präventionsthemen abzubilden. Dafür möchte ich ihm – auch im Namen des DFK-Vorstandes – sehr herzlich danken. Leider kann Herr Schröder seine Redaktionsarbeit nicht fortsetzen, weil er beruflich seit Oktober des letzten Jahres beim European Police College (CEPOL) in Bramshill/Großbritannien eine neue Herausforderung als Programmdirektor angenommen hat und das Reglement dort sowie auch die Arbeitsbelastung eine Nebenbeschäftigung nicht zulassen.

Für die wichtige Arbeit zur Förderung der fortschreitenden Harmonisierung der polizeilichen Zusammenarbeit in Europa wünsche ich Herrn Schröder Fortune und Erfolg.

Die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention startet in das zehnte Jahr ihrer Arbeit, hoffnungsfroh die bisherigen Wissensangebote (Website, Newsletter, Zeitschrift und Rechercheportal) aufrecht erhalten zu können und durch die Verstärkung der Geschäftsstelle mit Frau Ines Reckin und Herrn Stefan Daniel – beide vom Bundesministerium der Justiz zugewiesen – auch wieder neue Impulse an die Präventionsakteure in Deutschland geben zu können.

Fortsetzung der redaktionellen Arbeit

Nun wird es Aufgabe sein, aus der Geschäftsstelle heraus die Lücke bei der Redaktion der Zeitschrift zu schlie-

ßen bzw. den Versuch zu unternehmen, das erreichte hohe Niveau fortzusetzen.

Liebe Leserinnen und Leser, Ihre Mithilfe ist dabei willkommen, etwa durch Kommentare, Themenvorschläge oder eigene Manuskripte. Auch die Landespräventionsgremien sind weiterhin eingeladen, Vorschläge und Beiträge einzureichen.

Mir wird es darauf ankommen – besonders im Themenfeld Gewaltprävention – durch aktuelle Beiträge die Wechselwirkung von praktischer Umsetzung und wissenschaftlicher Begleitung zum Nutzen eines sich weiter qualifizierenden präventiven Handelns aufzuzeigen.

„Nur durch aufeinander aufbauende, langjährige, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen berücksichtigende und begleitende Prävention und Entwicklungsförderung kann eine Reduktion bzw. Verhinderung von Gewalt erzielt werden.“ Mit diesem Plädoyer in der Expertise „Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt...“ tritt das DFK für einen systematischen, entwicklungsorientierten Ansatz ein und wird weiterhin entsprechende Programme, Modelle und Angebote vorstellen bzw. bekannt machen.

LEITARTIKEL

Koalitionsvertrag und Prävention – Kontinuität und Impulse

Der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien auf Bundesebene **„Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“** gibt einige Orientierungen im Hinblick auf die Rahmenbedingungen und die Unterstützung präventiver Arbeit in unterschiedlichen, sich zum Teil überschneidenden Handlungsfeldern.

Krisenprävention

Es beginnt etwa mit der Forderung nach einer fairen Verantwortungskultur in Unternehmen, die in notwendige Regulierungen und eine effektive



Beaufsichtigung eingebettet ist, um einer Wiederholung der gegenwärtigen ökonomischen und sozialen Krise zuvorzukommen.

Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge im demografischen Wandel

Als eine besondere Aufgabe wird künftig „die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge in dünn besiedelten Räumen“ gesehen, dem demografischen Wandel ist vermehrte Aufmerksamkeit zu widmen, eine ressortübergreifende Demografiepolitik soll bis 2012 erarbeitet werden. Dazu wird ein interministerieller Ausschuss eingesetzt.

Bildungsbündnisse

Das präventive Potenzial, das in einer frühzeitigen und kontinuierlichen Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen liegt, wird hervorgehoben und eine Förderung von örtlichen Bildungsbündnissen aller relevanten Akteure (Kinder- und Jugendhilfe, Eltern, Schulen, Arbeitsförderung sowie Zivilgesellschaft), die sich mit diesem Ziel zusammenschließen, wird in Aussicht gestellt.

Politische Partizipation, Bürgerengagement und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Sozialer Fortschritt soll durch mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt und bessere gesellschaftliche Solidarität gefördert werden. Ziel ist es, die wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit von Familien zu stärken und bei staatlichen Hilfestellungen „einen Schwerpunkt auf Prävention“ zu setzen: „Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen und positive Anreize dafür setzen, damit mehr Menschen Verantwortung für andere übernehmen – auch außerhalb der eigenen Familie. Bürgerschaftliches Engagement bietet Antworten auf viele Fragen nach dem Zusammenhalt der Generationen wie der gesamten Gesellschaft.“

Die erfolgreiche generationenübergreifende Arbeit der bundesweit 500 Mehrgenerationenhäuser soll „weiter in die Zukunft getragen werden.“

An anderer Stelle heißt es: „Gesellschaftliche Integration im Sinne einer Vermittlung von Werten und Haltungen wie Toleranz, Respekt und Rücksichtnahme ... sorgen daneben auch für eine nachhaltige Eindämmung von Extremismus, Antisemitismus und Ju-



gendgewalt.“ Angekündigt wird ein Gesetz zur Förderung des bürgerchaftlichen Engagements, das alle geeigneten Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Infrastruktur und Stabilisierung von Engagement und Partizipation berücksichtigt. Bei der Umsetzung einer „nationalen Engagementstrategie“ gilt es, zur Bündelung, Abstimmung und Weiterentwicklung von Förderprogrammen ein geeignetes bundeseinheitliches Förderinstrument zu schaffen.

Neue Dialogplattformen sollen eingerichtet werden, auf denen mit den Bürger/-innen Zukunftstechnologien und Forschungsergebnisse zur Lösung der großen globalen und gesellschaftlichen Herausforderungen intensiv diskutiert werden. Dabei werden auch die Geistes- und Sozialwissenschaften gestärkt, die für das kulturelle Gedächtnis und die Gestaltung der Zukunft bedeutsam sind.

Die Potenziale und Kompetenzen älterer Menschen werden als wertvolle gesellschaftliche Ressource erkannt und sollen mittelfristig in eine flächendeckende Struktur der Förderung des Engagements im Alter, der Selbstorganisation und Nachbarschaftshilfe eingebracht werden. Ebenso wird sich die Koalition dafür einsetzen, dass Kinder und Jugendliche ihre Lebenswelten und die Gesell-

schaft ihrem Alter gemäß mitgestalten können.

Schutz und Förderung von Familien, Kindern und Jugendlichen

Mit dem Verständnis einer eigenständigen Jugendpolitik wird daran anzuknüpfen sein: „Durch ein umfassendes Unterstützungs-

programm, das stets evaluiert wird, wollen wir Kinder und Jugendliche und alle Akteure vor Ort in ihrem Engagement für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, Menschenwürde und Gewaltfreiheit gegen Rechts- und Linksextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus motivieren und unterstützen (zentrales Ziel) ... Die Ursachen von Extremismus wollen wir mit einem langfristigen Engagement und einer nachhaltigen Prävention bekämpfen.“ Neue Möglichkeiten im Schnittfeld Jugend, Kultur und Schule sollen genutzt und ausgebaut werden.

Im Bereich des Jugendschutzes ist ein nationaler Aktionsplan – gemeinsam mit Ländern, Kommunen, Verbänden und Wirtschaft – beabsichtigt, der auch Maßnahmen zur Verbesserung der Partizipation, der Medienkompetenz und der Gewalt- sowie Suchtprävention vorsieht.

Angekündigt wird weiterhin ein Kinderschutzgesetz, das insbesondere präventive Maßnahmen (z. B. Elternbildung, Familienhebammen, Kinderschwestern und sonstige niederschwellige Angebote) berücksichtigt und bei der Umsetzung durch das Nationale Zentrum Frühe Hilfen unterstützt wird.

Das Hilfesystem im Bereich Gewalt gegen Frauen soll im Rahmen der

Bundeszuständigkeit weiter gestützt werden, wozu auch die Einrichtung einer bundesweiten Notrufnummer und ein Bericht zur Lage der Frauen- und Kinderschutzhäuser und der darüber hinausgehenden Hilfeinfrastruktur gehören.

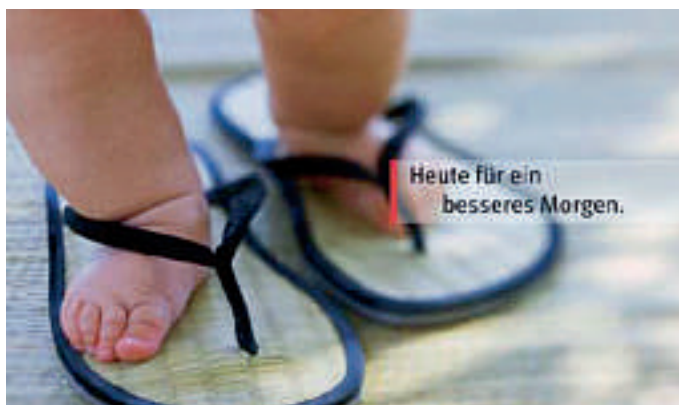


Bei der Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Kinderpornografie wird die Notwendigkeit formuliert, entsprechende kriminelle Angebote im Internet bzw. in Kommunikationsnetzen schnellstmöglich durch eine enge Zusammenarbeit von Polizeibehörden und den Selbstregulierungskräften der Internetwirtschaft zu löschen statt diese zu sperren.

Zum Phänomen der Jugendkriminalität sollen alle Anstrengungen unternommen werden, um den Ursachen entgegenzuwirken: „Dazu wollen wir Präventionskonzepte stärken und ausbauen, unter Einbeziehung aller Verantwortlichen erzieherische Ansätze verbessern sowie Vollzugsdefizite ... abbauen.“ Mit der Einführung eines „Warnschussarrestes“ werden die pädagogischen Reaktionsmöglichkeiten erweitert. Im Jugendstrafrecht ist eine Erhöhung der Höchststrafe für Mord auf 15 Jahre Jugendstrafe vorgesehen.

Integration fördern

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist als Schlüsselaufgabe definiert: „Unser Zusammenleben soll von Respekt, gegenseitigem Vertrauen, von Zusammengehörigkeitsgefühl und gemeinsamer Verantwortung geprägt sein.“ Der nationale Integrationsplan (NIP) wird von einem integrationspolitischen Gesamtkonzept zu einem Aktionsplan mit definierten Zielen weiterentwickelt. Die Koalitionäre streben die Gründung eines Bundesbeirates für Integration an und sprechen sich für einen breit angelegten parlamentarischen und gesellschaftlichen Diskurs der Integrationsthema-



tik aus. Auf die Integrationskraft von Kindergärten und Schulen sowie auf Erfordernisse zum Ausbau frühkindlicher Bildungseinrichtungen, Ganztagschulen und angeschlossenen Integrationskursen für Eltern wird hingewiesen. Auch das bürgerschaftliche Engagement von Migranten/-innen soll weiter gefördert und gestärkt werden.

Gesundheit

Im Abschnitt Gesundheit heißt es schließlich unter der Überschrift >Prävention zielgerichtet gestalten<: „Prävention ist ein wichtiger Baustein für ein gesundes Leben und für unsere Gesellschaft. Sie muss zu allererst bei Kindern und Jugendlichen ansetzen. Prävention kann dabei helfen, künftige Belastungen der Sozialsysteme zu verringern ... Unsere Präventionsstrategie wird Vorhandenes bewerten und aufeinander abstimmen, nationale und internationale Erfahrungen und Erkenntnisse analysieren sowie auf bewährten Programmen und Strukturen aufbauen, diese weiterentwickeln und sie in die Fläche bringen.“

Präventionsverständnis

Mancher/m Leser/-in wird aufgefallen sein, dass der Begriff >Prävention< in unterschiedlichen Bezügen bzw. Handlungsfeldern verwendet wird, in denen aber gleichermaßen Fehlent-

wicklungen zuvorgekommen sowie positive Gestaltungsansätze gefördert und gestärkt werden sollen. >Prävention< bzw. >präventives Handeln< ist insoweit als ein zukunftsorientiertes vorbeugendes Handlungsprinzip zu verstehen, das nach diesem Verständnis in unterschiedlichen Bezügen wie Kriminalität, Krankheit, Sucht, politischer Extremismus, Korruption – aber auch auf andere ökonomische und soziale Schieflagen bezogen – verwendet wird. Das Handlungsprinzip umfasst das Vermeiden von Risiken und die Förderung von Chancen gleichermaßen.

Herausforderung, Hoffnung und Skepsis

Die präventiven Schwerpunkte in den genannten Handlungsfeldern sind zu begrüßen und werden nun hoffentlich in einer konzentrierten und koordinierten Verfahrensweise realisiert. Eine gewisse Skepsis besteht im Hinblick auf die tatsächliche Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Ressourcen, mit Blick auf die Realisierung der notwendigen Ressortkooperationen und bezüglich der Effektivität der beabsichtigten Jugendstrafrechtsänderungen.

Verehrte Leserinnen und Leser, der Bogen wurde angesichts der Herausforderungen und der umfangreichen Zielsetzungen in der neuen Legislaturperiode im Bund weit gespannt, eine abschließend alle Aspekte und Perspektiven umfassende Darstellung konnte allerdings nicht geleistet werden, die Messlatte sollte aber erkennbar geworden sein.

Die Präventionsakteure sind in die Umsetzung der vielen Vorhaben einbezogen bzw. Garanten des Erfolges. Es soll ein gelingendes Präventionsjahr 2010 werden. In diesem Sinne steht das DFK weiterhin und nachdrücklich zum eigenen Motto

„Heute für ein besseres Morgen“

